

Welche Parteien
stehen wofür?
Wir haben die Wahl!
Nutzen Sie Ihre
Stimme!

Eine Gegenüberstellung der
Wahlprogramme
zur EU-Wahl
am 09. Juni 2024

Editorial

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

die Europäische Union ist seit nahezu sieben Jahrzehnten ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital hat die starke wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflusst. Die Europäische Union ist für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger ein absoluter Glücksfall. Nichtsdestotrotz müssen die berechtigten Belange der kleinen und mittleren Unternehmen mehr in den Mittelpunkt gerückt werden.

Mit der nun anstehenden Europawahl am 9. Juni 2024 sind wir alle aufgefordert, eine wichtige und wegweisende Entscheidung zu treffen. Der Bund der Selbständigen in Baden-Württemberg wirbt für eine breite Beteiligung. Daher haben wir die Wahlprogramme der nach Stimmen stärksten Parteien der letzten EU-Wahl 2019 angeschaut und für Sie die Vorhaben für wirtschaftsrelevante Politikbereiche nebeneinandergestellt. Lediglich die Partei "Die Linke" haben wir außenvorgelassen, da deren Relevanz aufgrund der aktuellen Situation der Partei (Abspaltung in BSW und deutlich schwächere Umfragen) nicht hoch genug ist. Welche Partei gibt konkrete und effektive Vorschläge? Welche Partei fördert uns Selbständige und ermöglicht eine freiheitliche Entfaltung unserer wirtschaftlichen Tätigkeiten? Ein Blick in unsere Synopse lohnt sich!

Als Einleitung zu der Gegenüberstellung haben wir unsere Forderungen an die Politik zu einzelnen Bereichen zusammengefasst.

Unsere dringende Bitte an Sie: Gehen Sie am 9. Juni wählen und nutzen Sie Ihre Stimme für die Europawahl und die Kommunalwahlen!

Ihre

Bettina Schmauder und Jan Dietz
Präsidenten des Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.



Inhaltsverzeichnis

Unsere Forderungen	S. 4
Wirtschaftspolitik	S. 7
Digitalisierung	S. 9
Bürokratieabbau	S. 10
Fachkräfte / Migration	S. 11
Finanzpolitik	S. 12
Klimapolitik	S. 13
Außenpolitik in der EU	S. 14
Landwirtschaft	S. 15
Abkürzungsverzeichnis	S. 16

Ansprechpartner

Ben Bräuning
Referent für politische Interessenvertretung
Mail: braeuning@bds-bw.de
Telefon: 0711 / 954 668 – 0

Nico Baumgart
Hauptgeschäftsführer
Mail: baumgart@bds-bw.de
Telefon: 0711 / 954 668 – 11

Wir beziehen uns lediglich auf die veröffentlichten Wahlprogramme der Parteien und beziehen ausdrücklich keine anderen Veröffentlichungen oder öffentlichen Äußerungen in die Synopse mit ein. Die Sortierung der Parteien ergibt sich aus dem letzten Wahlergebnis der Europawahlen 2019 in Deutschland.

Alle Angaben und Information haben wir für Sie mit größter Sorgfalt zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit übernimmt der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. keine Haftung.

Anfragen für Veröffentlichungen, auch auszugsweise, richten Sie bitte an unsere Geschäftsstelle.

Unsere Forderungen

Think small first

Die EU brauchte eine **eigenständige KMU-Politik**.

Bei allen Maßnahmen muss der **KMU-Check** strikt angewendet werden. Insbesondere weitreichende bürokratieverursachende Gesetze müssen einem ausgiebigen KMU-Check unterzogen werden. Darüber hinaus müssen die Verbände wie der Bund der Selbständigen und ihre Dachorganisationen frühzeitig in die Gesetzgebungsverfahren einbezogen werden, um die Auswirkungen auf die Betroffenen besser abschätzen zu können.

KMU konsequent fördern

Der Zugang von KMU zu Förderprojekten muss durch **vereinfachte Antragsverfahren** und feste **KMU-Förderquoten** deutlich erleichtert und verbessert werden. Für **Gründer** und **Betriebsübernehmer** müssen mehr passgenaue Projekte und Fonds geschaffen werden. Die **Grenzwerte für europäische Ausschreibungen** müssen deutlich angehoben werden, um die KMU vor Ort und die Regionalität zu stärken.

KMU strukturell verankern

Die Politik für die KMU muss strukturell in der Kommission durch einen eigenen **KMU-Kommissar** verankert werden. Dieser muss weitreichende Befugnisse erhalten und am Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden.

Bürokratieabbau

Der Verwaltungsapparat der EU muss konsequent und schnell **digitalisiert** werden. **Once-Only** muss konsequent eingeführt und angewandt werden. Für Statistikpflichten fordern wir ein **einfaches** und **einheitliches digitales Meldeportal**.

Bei neuen Gesetzesvorhaben muss konsequent nach dem Prinzip **one in – two out** verfahren werden. **Bürokratiekosten** müssen konsequent erfasst und beziffert werden. Dies kann zum Beispiel durch die Einführung eines **europäischen Normenkontrollrats** erfolgen.

Unsere Forderungen

Reform des Datenschutzrechts

Das Datenschutzrecht muss **vereinfacht** und **in allen EU-Staaten gleich angewendet** werden. Dazu muss die **Datenschutzgrundverordnung** auf seine Wirksamkeit überprüft werden, überdurchschnittliche wirkungslose Belastungen für KMU müssen konsequent abgebaut werden, z.B. durch die Anhebung von Ausnahmegrenzen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Wir brauchen eine **selbstbewusste** und **einheitliche Außenpolitik**. Die nationalen Streitkräfte müssen im Rahmen einer **europäischen Sicherheitsunion** eng kooperieren.

Freier Handel

Die EU muss weiterhin **Freihandelsabkommen** etwa mit den USA, Südamerika und dem asiatisch-pazifischen Raum abschließen. Die Abkommen sollen künftig als **reine EU-Abkommen (EU-only)** verabschiedet werden. Zudem muss in der kommenden Legislaturperiode im EU-Kontext darüber nachgedacht werden, wie man die aktuell reformbedürftige Welthandelsorganisation **WTO weiterentwickeln** kann.

Klimapolitik

Die EU muss **Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz miteinander** in Einklang bringen. Dazu gehören der Einsatz **marktwirtschaftlicher Instrumente** zur Erreichung von Klimaschutzzielen, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch **Standort- und Wettbewerbspolitik** sowie **Digitalisierung, Innovationsoffenheit und -freundlichkeit**.

Unsere Forderungen

Fachkräfte- und Einwanderungspolitik

Um den Fachkräftebedarf der KMU zu decken, bedarf es eines **effizienten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes**.

Arbeitsvisa müssen schnell und rein digital erteilt werden. Die **Anerkennung von Berufsabschlüssen** muss schneller als bisher erfolgen. Die **Freizügigkeit von Arbeitnehmern** als eine der großen Erfolgsgeschichten der EU muss für eine gute Fachkräfte- und Einwanderungspolitik bewahrt und weiterentwickelt werden.

Landwirtschaft

Die Subventionspolitik des landwirtschaftlichen Sektors ist grundlegend zu überprüfen. Die **überbordende Bürokratie** muss drastisch minimiert und Fehlanreize abgeschafft werden. Dabei muss wieder **mehr Vertrauen den Landwirten** entgegengebracht werden, was bedeutet, keine überzogenen Kontrollen seitens der EU-Behörden durchzuführen. Auch in der Landwirtschaft sind die **Belange der kleinen und mittleren Unternehmen** verstärkt zu beachten. Diese brauchen eine echte Überlebenschance. Insbesondere die Förderung von Betrieben muss dafür neu gedacht werden. Die Landwirtschaftspolitik muss ökonomisch orientiert sein und **Anreize** bieten, **nachhaltiger** zu wirtschaften.

Migrationspolitik

EU-Außengrenzen müssen besser überwacht werden, wofür die europäische **Grenzschutzagentur Frontex** entsprechend gestärkt werden muss. **Fluchtursachen** müssen konsequent in einer gemeinsamen Außenpolitik bekämpft werden. **Asylanträge** müssen schneller und mit einer verbesserten Qualität abgeschlossen werden. **Alle Mitgliedstaaten** müssen einen **gleichwertigen Beitrag** dazu leisten, Geflüchtete mit berechtigtem Schutzstatus eine neue Heimat zu bieten.

**Beantragen Sie auf der Website Ihrer
Gemeinde die Briefwahl und wählen
Sie damit bequem von Zuhause
oder gehen Sie am 09. Juni in Ihr
Wahllokal!
Bekräftigen Sie durch Ihre
Wahlbeteiligung Ihren Einsatz für
unsere Demokratie!**

Wirtschaftspolitik

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
EU-Binnenmarkt	Die Weiterentwicklung und Vollendung des EU-Binnenmarkts als zentrales Zukunftsprojekt der EU. Dazu sollen noch bestehende Hindernisse im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr abgebaut werden. (S. 8)	Gemeinsame Regeln für alle Unternehmen in Europa. Die Regeln für den Binnenmarkt sollen so gestaltet werden, um übergeordnete Ziele, wie die Förderung von grünen Zukunftstechnologien, zu erreichen. (S. 15)	Machtmissbrauch großer Unternehmen auf Kosten von Verbrauchern sowie Arbeitnehmern oder Selbstständigen sollen verhindert werden. (S. 4) Das europäische Beihilferecht soll reformieren werden. (S. 16) Ein europäischer Binnenmarkt für Verteidigung schaffen. (S. 20)	Bekenntnis zum Binnenmarkt mit Ziellandprinzip. (S. 11)	Vertiefung des Binnenmarktes – vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und digitale Dienstleistungen (S. 16) Für den Ausbau des digitalen Binnenmarkts und den Abbau nationaler Schranken. (S. 17)
EU-Lieferketten-gesetz	Das EU-Lieferkettengesetz in seinem aktuellen Entwurf wird abgelehnt. Hierzu soll eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchgeführt werden. (S. 9)	Die Gesetze zur Regulierung der europäischen Lieferketten als ein wichtiger Hebel, um Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Daher soll das aktuelle Lieferkettengesetz bestehen bleiben. (S. 68)	Das deutsche Lieferkettengesetz ist ein erster wichtiger Schritt, der um ein starkes europäisches Lieferkettengesetz ergänzt werden soll. (S. 31)	Das EU-Lieferkettengesetz wird als ein bürokratisches Hemmnis gesehen und wird daher abgelehnt. (S. 31)	Verschärfung der Lieferkettengesetzgebung durch die EU wird abgelehnt. (S. 6)

Wirtschaftspolitik

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
Mittelstand (KMU) in der EU	Den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken. Er soll zukünftig auch bei allen europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen. (S. 9)	KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden. Zusätzlich für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen. Durch vereinfachte Antragsverfahren Zugang der KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU erleichtern. (S. 23)	Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt für Großunternehmen sowie für KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler. (S. 5)	Freiheit von Selbständigen und Unternehmern innerhalb der EU wird grundsätzlich begrüßt. Aber darf nicht dazu missbraucht werden, sich durch Scheinselbständigkeit Ansprüche auf Sozialleistungen zu erschleichen. (S. 2)	Einsetzen eines "echten" Mittelstandskommissars. (S. 6) Jedes Gesetzgebungsverfahren soll außerdem zukünftig einen KMU-Test durchlaufen. (S. 6) KMU-Definition auf EU-Ebene anpassen. (S. 6)
Handelspolitik	Mehr Freihandelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika abschließen. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum. Künftig sollen Freihandelsabkommen nur noch als reine EU-Abkommen („EU-only“) verabschiedet werden. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss weiterentwickelt werden. (S. 10)	Fokus auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe. (S. 67) Demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn der Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem Rat der EU bestimmen. (S. 68)	Europäische Handelspolitik neu ausrichten und verstärkt in strategische Partnerschaften investieren. Handelspartner und Lieferketten diversifizieren und dadurch ein resilientes Europa schaffen. (S. 25-26)	Neufassung der europäischen Zusammenarbeit. Eine eng abgestimmte europäische Außenhandelspolitik. Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und eine verstärkte Zusammenarbeit beispielsweise mit den BRICS-Staaten. (S. 31)	Reformierte Welthandelsorganisation (WTO) als Grundlage; Ziel ist eine Weltfreihandelszone der Demokratien. Wir wollen Freihandelsabkommen stärker nach geostrategischen Gesichtspunkten ausrichten; Neuanlauf für Abkommen mit der USA. (S. 7)

Digitale Infrastruktur

Datenschutz

S. 9

Bürokratieabbau

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie auf EU-Ebene	Die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln wie z. B. zu Whistleblowern abschaffen. Unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen. „1 in, 2 out“-Prinzip durchsetzen: Für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte abgeschafft werden. Einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung. Neue Regeln dürfen nur 1:1 ins nationale Recht umgesetzt werden. (S. 9-10)	Digitalisierung der Verwaltung als zentrales Mittel für Bürokratieabbau. Das Once-Only-Prinzip soll eingeführt werden. Die Schriftform-erfordernis in Verwaltungsverfahren weitgehend abschaffen. (S. 23)	Zum Teil blockieren sich verschiedene Regulierungen gegenseitig. Hier soll „durchlüftet“ werden, ohne Schutzstandards abzusenken. Konzepte der sogenannten Go-to-Areas, die wir bei der Windenergie schon erfolgreich umgesetzt haben, auf weitere Vorhaben ausdehnen. (S. 5)	Bis zur Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft wird jede Verkleinerung des administrativen Apparats unterstützt. Die Förderung von Europaparteien und deren Stiftungen aus Steuermitteln soll beendet werden. (S. 12)	Forderung eines „Bureaucracy Reduction Act“. Die Wirtschaft soll von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreit werden. Für jede neue Belastung durch EU-Regulierung müssen im Gegenzug gemäß der „One in, two out“-Regel konsequent in doppeltem Umfang bestehende Belastungen abgeschafft werden. (S. 5) Systematische Erfassung der Bürokratiekosten resultierend aus EU-Rechtsvorschriften. Als Vorbild könnte der deutsche Bürokratiekostenindex dienen. Zudem müssen EU-Richtlinien ohne zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt werden. (S. 6)

Fachkräfte/ Migration

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
Fachkräfte- mangel	Verfahren müssen rein digital bearbeitet werden. Arbeitsvisa sind schnell zu erteilen, wenn alle Voraussetzungen vorliegen. (S.7) Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere Frauen ermöglichen, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln. (S. 19)	Europäischen Berufsausweis (EBA) öfters anwenden (S. 52) Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken, um dem existierenden Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken. (S. 84)	Das Potenzial inländischer Fachkräfte besser nutzen und in Weiterbildung investieren. Gleichzeitig auf die Zuwanderung nicht-europäischer Fachkräfte angewiesen. Dafür braucht es ein verbessertes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht (S. 6f.)	Das hohe wissenschaftliche Niveau der deutschen Universitäten wiederherstellen und duales Studium stärken. Für national-staatliche Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität von Familien, um wieder mehr Kinder zu bekommen. (S. 46f.)	EU-Strategie für die Fachkräftegewinnung Zwei-Säulen-System etablieren: Die Blue Card auch für nichtakademische Fachkräfte weiter öffnen. Mindestgehaltsgrenzen senken. Zudem einen europäischen Talentpool mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild einführen. (S. 4-5)
	Bessere Überwachung der EU-Außengrenzen und - wo immer es nötig ist - auch baulichen Grenzschutz. Europäische Grenzschutzagentur Frontex stärken. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen. (S. 7)	Ablehnung der Konzepte der sicheren Drittstaaten und der sicheren Herkunftsländer. Alle Asylverfahren sollen beschleunigt und die Qualität der Entscheidung verbessert werden. (S. 94).	Illegale Einwanderung zu Arbeitszwecken, der falsche Weg. Mehr Wege schaffen und aufzeigen, wie man aus Drittstaaten Zugang auf den europäischen Arbeitsmarkt bekommt. Sicherere und legale Fluchtwege schaffen. (S. 27-29)	Ein effektiver Außengrenzenschutz, der illegale Einreisen verhindert. Die Einwanderung nach Europa muss so gesteuert werden, dass der Friede und die Identität des europäischen Kulturraumes und seiner Nationen gewahrt bleiben. Konzentration auf Hilfe vor Ort. (S. 13-14)	Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen auch auf europäischer Ebene umsetzen. Einrichtung humanitärer Schutzzonen im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit Finanzierung der EU. Prüfung von Asylanträgen in Drittstaaten ermöglichen. (S. 10f.)
Migrations- politik					

Finanzpolitik

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
EU-Haushalt	Jeder Mitgliedstaat soll für seine eigenen Schulden haften. Keine Haftung Deutschlands für Schulden anderer Staaten oder für Spareinlagen in anderen Staaten (Einlagensicherung). (S. 17)	Die finanzielle Ausstattung der EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Auch gemeinsame europäische Anleihen haben sich bewährt. (S. 16-17)	Unterstützung von dauerhaft geeigneten Instrumenten, um die europäische Wirtschaft in der Transformation zu unterstützen und akuten Krisensituationen auch durch eine gemeinschaftliche Kreditaufnahme solidarisch zu begegnen. (S. 17)	Ablehnung der Ausweitung des EU-Haushaltes und stattdessen eine deutliche Verringerung der EU-Ausgaben. Die durch die EU vereinnahmten Bußgelder anteilig an die Mitgliedstaaten weiterleiten. (S. 26f.)	Kein Einstieg in eine Schuldenunion. Europa muss in der kommenden Legislaturperiode wie vereinbart mit der Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen Kredite beginnen. Ablehnung von Eurobonds. (S. 7)
Steuerpolitik	Ablehnung von Bankenrettungen aus Steuermitteln und eine Vergemeinschaftung der Haftungsübernahme im Rahmen der europäischen Einlagensicherung. (S. 18)	Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar macht. Alle Länder dabei erfassen. Klares Rahmenwerk der EU für Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können. (S. 20)	Körperschaftssteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in Europa. Umfassende Finanztransaktionssteuer auf alle Wertpapier und Devisentransaktionen sowie ein EU-Eigenmittel durch die Besteuerung von Aktienrückkäufen von Unternehmen einführen. (S. 18)	Ablehnung jeder Art von EU-Steuern. Ablehnung von einer anteiligen Abführung von Erlösen aus der Mindestbesteuerung von Großkonzernen an die EU als zusätzliche Eigenmittel. (S. 27)	Rettung von Unternehmen auf Steuerzahlerkosten muss von vornherein ausgeschlossen sein. Keine planwirtschaftliche Eingriffe wie Produktionsvorgaben. (S. 16f.)

Klimapolitik

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
Allgemeine Klimapolitik	Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Auf dem Weg dorthin auf innovative Konzepte und auf marktbasierte Instrumente setzen. (S. 12)	Bis 2035 wesentlich durch erneuerbare Energie, die europäische Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral sicherstellen. (S. 9)	Schnelles Handeln ist erforderlich. Die Europäische Union muss bis 2050 klimaneutral sein. (S. 8)	Die Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Einzelne Staaten können auch kurzfristig eingreifen. (S. 40)	Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Fokus auf den Emissionshandel und Technologie-offenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. (S. 18)
Energie	Erneuerbare Energie als wesentlicher Faktor für erfolgreichen Klimaschutz. Dabei sollen gleiche Rahmenbedingungen für alle Energiearten geschaffen werden. (S. 12-13)	Die Kohleregionen bei Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 unterstützen. Erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff einsetzen. (S. 9f.)	Investitionen in den Ausbau von erneuerbaren Energien, grenzüberschreitenden Wasserstoffpipelines und Stromleitungen. (S. 7f.)	Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene sowie Ende der Programme „Green Deal“, „Fit für 55“ und Abschaffung des EU-Emissionshandels. (S. 42)	Einsatz von E-Fuels für eine klimafreundliche Mobilität, Wasserstoff im Gebäudeenergiebereich oder die Chancen der Fusions-technologie. (S. 8)
Verbrenner-verbot	Das Verbrennerverbot wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln. (S. 14)	Bekenntnis zum Verbrennerverbot ab 2035. (S. 30)		Technikverbote (Verbrennungsmotor, Öl-/Gasheizung) abschaffen. (S. 42)	Verbrennungsmotoren klimafreundlich machen, nicht verbieten. (S. 19)

Außenpolitik in der EU

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
EU-Außenpolitik	Schneller zu einer EU-Position in der GASP kommen und deshalb hier künftig mit qualifizierter Mehrheit abstimmen. (S. 5)	Bestehende Rolle des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik zu einem europäischen Außenminister machen. Europäische Diplomatische Akademie fest verankern. (S. 59f.)	Stärkung des Amtes des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Erweiterungspolitik der EU als eines der wichtigsten Instrumente der EU-Außenpolitik. (S. 19 / 24)	Ablehnung einer rechtlich formalisierten GASP sowie eines Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen sind zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Partnerländern zu intensivieren und, wo möglich, gemeinschaftlich zu agieren. (S. 29)	Entscheidungen in der GASP sollen künftig mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik muss institutionell zu einem EU-Außenminister aufgewertet werden. (S. 13)
EU-Verteidigungs-politik	Die nationalen Streitkräfte sollen in einer starken europäischen Verteidigungsunion mehr zusammenarbeiten. (S. 3)	Weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer starken parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, bspw. innerhalb von permanenten EU-Einheiten, ausbauen. (S. 63)	Einrichtung eines eigenständigen Rats der Verteidigungsminister. Vision einer europäischen Armee. Mehr gemeinsame europäische Beschaffung. (S. 19)	Für eine sinnvolle Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bei Befähigung, Beschaffung und Entwicklung militärischer Fähigkeiten. Ablehnung einer europäischen Armee. (S. 30)	Ein politischer Stellvertreter für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik einsetzen, der den Rang eines Kommissars haben soll. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer Europäischen Armee. (S. 13)

Landwirtschaft

	CDU/CSU	B90/Grüne	SPD	AfD	FDP
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	Muss den Landwirten Schutz auf volatilen Märkten bieten und es ihnen erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden. (S. 14)	Statt Direktzahlungen, die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Struktur beitragen, Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit. (S. 35)	Weiterentwicklung der Agrarförderung, die die Aspekte des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und der biologischen Vielfalt noch stärker in den Fokus nimmt. Soziale Komponente der GAP ausbauen. (S. 11)	Marktwirtschaftliche Prinzipien in den Vordergrund rücken. Mehr Selbständigkeit und ohne "EU-Verordnungswahn" – wie bei der GAP. (S. 36)	Flächenbezogene Direktzahlungen schrittweise abschaffen. Im Gegenzug Wettbewerbsbedingungen verbessern. (S. 20)
KMU in der Landwirtschaft	Strategischer Dialog soll fortgesetzt und ausgebaut werden. (S. 14)	Stärkung gegenüber Verarbeitern und dem Einzelhandel in der Wertschöpfungskette. Preisdumping über europäische Ebene beenden. (S. 35)		Die strukturellen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft so gestalten, dass auch kleine und mittelgroße Betriebe langfristig erfolgreich wirtschaften können. (S. 36)	
Bürokratieabbau	Die EU-Pflicht, 4 % der Agrarflächen stillzulegen, abschaffen. Sofortiger Belastungsstopp für die Landwirtschaft. (S. 15)	Europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die die Flächen bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft bezahlt werden. (S. 34)	Landwirte brauchen gute und verlässliche Rahmenbedingungen. (S. 11)		Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht muss daher ohne zusätzliche Bürokratie erfolgen. Bürokratie radikal zurücknehmen. One-Only-Prinzip anwenden. (S. 20)

Abkürzungen und Quellen

Abkürzungen

BRICS-Staaten = die ehemaligen Schwellenländer
Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

EU = Europäische Union

GAP = Gemeinsame Agrarpolitik

GASP = Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

KMU = Kleine und mittelständische Unternehmen

WTO = World trade organization
(Welthandelsorganisation)

Quellen

CDU/CSU

https://www.europawahl.cdu.de/sites/www.europawahlprogramm.cdu.de/files/docs/europawahlprogramm-cdu-csu-2024_0.pdf

Bündnis 90/Die Grünen

https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf

SPD

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240128_Europaprogramm.pdf

AfD

https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/12/AfD_EW_Programm_2024.pdf

FDP

https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-03/2024-01-28_ept_das-programm-der-fdp-zur-europawahl-2024-1-0.pdf

Verantwortliche

Anbieter und verantwortlich für diese
Gegenüberstellung im Sinne
des § 5 Telemediengesetzes:

Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.
Stuttgarter Straße 20
70736 Fellbach
Telefon: 07 11 / 954 668 - 0
E-Mail: info@bds-bw.de

Vertretungsberechtigte:
Präsidentin Bettina Schmauder
Präsident Jan Dietz

Eintrag im Vereinsregister:
Registernummer VR 2910
Vereinsregister beim Amtsgericht Stuttgart
70049 Stuttgart

Verantwortlich für den Inhalt i.S.d. § 55 des
Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (RStV):

Bettina Schmauder, Jan Dietz
E-Mail: presse@bds-bw.de